Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 453. - - - - Phone 657.

2. Jahrgang. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 30. Dezember 1908. No. 10

Jahreswechsel.

Es schlägt vom Turme Zwölf herab:
Geschieden ist das alte Jahr,
Wir stehn an seiner Totenbahr —
Wir stehn an seinem offnen Grab. —

* * *

Und dumpf erklingt das Totenlied
Vom Glockenturm. So tief und hohl:
„Du altes Jahr, schlaf wohl, schlaf wohl!"
„Du war's ja alt, war's matt und müd."

* * *

Doch Leben stets der Tod gebar —
Stets folgt der sternlos-schwarzen Nacht
Ein Morgen, da die Sonne lacht:
Dem alten folgt das junge Jahr.

* * *

Wohlan du neugebornes Kind!
Glückauf in unserm Erdenland!
O, spende Glück mit reicher Hand,
Wo soviel Menschen glücklos sind —

J. H.

Canadische Umschau.

Stimmen und Vertretung.

Nach offiziellen Berichten aus Ottawa wurden in den letzten Dominionwahlen im Ganzen 1,117,041 Stimmen abgegeben. Von diesen waren 574,356 liberale und 542,685 konservative, sodaß die Liberalen 31,671 Stimmen mehr erhielten als ihre Gegner.

Auf die einzelnen Provinzen verteilen sich die Stimmen wie folgt:

	Lib.	Kons.
Ontario	224,821	236,919
Quebec	158,393	129,364
Nova Scotia	48,434	47,615
New Brunswick	40,716	34,945
Pr. Edw. Isl.	14,496	14,286
Manitoba	28,196	34,880
Saskatchewan	27,221	19,883
Alberta	18,565	19,290
Br. Columbia	3,514	5,493

(noch nicht vollständig)

In Ontario, British Columbien und Manitoba, wo die Provinzregierungen konservativ sind, erhielten die Konservativen die meisten Stimmen und haben auch verhältnismäßig mehr Sitze als die Liberalen. In den übrigen Provinzen erhielten die Liberalen die meisten Stimmen und verhältnismäßig auch zuviele Sitze. Das ist unter dem gegenwärtigen Wahlsystem unvermeidlich. Ein Wahlsystem, wo die einfache Majorität in einem Kreis einen Kandidaten wählt, während der übrige Teil des Wahlkreises sozusagen keinen Vertreter hat, indem ihr Kandidat unterliegt, bringt derartiges mit sich. Man kann dabei nicht von Ungerechtigkeit reden, wenn man ein Anhänger dieses Systems ist, das heute noch in allen parlamentarisch regierten Ländern herrscht. Wenn konservative Zeitungen behaupten, die Liberalen hätten im Verhältnis der abgegebenen Stimmen zu viel Sitze, so ist das unter den herrschenden Verhältnissen nicht wahr. Die Liberalen haben in der letzten Wahl noch volle 30,000 Stimmen mehr bekommen wie die Konservativen. Wenn man diese 30,000 Stimmen auf die 135 liberalen Kandidaten verteilt, so kommt noch die nette Durchschnittsmajorität von 220 heraus. Wenn die Liberalen nur jeder eine Majorität von 20 Stimmen hätten, und diese Zahl ist ja völlig genügend, so würde eine liberale Gesamtmehrheit von nur 3000 Stimmen auch noch 135 Vertreter wählen können. Und auch das wäre nicht ungerecht. Ja, eine Gesamtmehrheit von nur 300 Stimmen könnte so verteilt sein, daß von den 220 Sitzen in der Dominion 135 liberal wählten. Jeder liberale Vertreter hätte dann 2 Stimmen Mehrheit. Unter dem System, das herrscht, würde das völlig genügen. Ja schon eine Mehrheit von 135 Stimmen wäre theoretisch hinreichend, den Liberalen, 135 von den 220 Sitzen zu geben.

Also mit den konservativen Redereien von ungerechter Vertretung u. s. w. hat es nicht viel auf sich. Und die Liberalen können mit den 31,671 Stimmen Gesamtmehrheit zufrieden sein.

Anders ist die Sache allerdings, wenn man fragt, ob das gegenwärtige System das beste ist. Viele sagen da, daß es viel zu wünschen übrig läßt, und daß das Ideal die proportionelle Vertretung ist. Unter dem proportionellen Wahlsystem würde dieselbe Zahl der Anhänger der verschiedenen Parteien gleichviel Vertreter erhalten. Zum Beispiel 50,000 liberale Stimmen würden ebensoviele, aber auch nicht mehr Vertreter wählen als 50,000 konservative Stimmen oder 50,000 sozialistische Stimmen. Nach diesem System würde die Wahl natürlich ganz anders ausgefallen sein. Eine Mehrheit hätten die Liberalen auch dann erhalten, aber die Konservativen würden mehr Sitze haben als jetzt und auch die Sozialisten würden wohl mit mindestens 10 Vertretern ins Parlament eingezogen sein.

Höchstwahrscheinlich würden unter einem solchen System sich auch die Zahl der Fraktionen im Parlament vermehren. Unter dem gegenwärtigen System können kleinere Parteien nicht darauf rechnen, ihre Kandidaten durchzubringen. Ja, oft verlieren diese noch — als Strafe — ihr Deposit. Unter dem proportionellen Wahlsystem würde das hinfallen. Anstatt zwei großer Parteien würden wir dann vielleicht bald zehn Parteien und Parteichen haben. Ob damit viel gewonnen wäre, ist wohl eine schwer zu beantwortende Frage. Das eine muß allerdings jedem einleuchten, nämlich, daß dieses System eine in jeder Beziehung vollkommen unanfechtbare und jedem gerecht werdende Vertretung des Volkes bedeuten würde.

Zur Nachahmung empfohlen.

Aus Chicago wird Folgendes geschrieben:

„Der Chicagoer Advokaten-Verein einigte sich auf eine gründliche und sehr wichtige Abänderung des Berufseides der Anwälte.

Wenn die Empfehlungen den Beifall der zuständigen Behörden finden, so wird der angehende Rechtsbeflissene sich künftighin unter anderem durch Schwur verpflichten müssen:

Keine Sache zu verteidigen, die unrecht oder ehrlos erscheint;

Nur mit Mitteln zu kämpfen, die Wahrheit und Ehre rechtfertigen;

Nie einen Versuch machen, Richter und Geschworene zu täuschen; und

Sich aller boshaften Angriffe auf Ruf und Ehre der Prozeßgegner und ihrer Zeugen zu enthalten.

Keine Menschenseele, die mit unserem Gerichtswesen auch nur ein klein wenig vertraut ist, wird die Bedeutung der angestrebten Neuerung unterschätzen; die Frage aber ist, wie es mit der Möglichkeit der praktischen Durchführung steht.

Heutzutage fragt der Durchschnittsadvokat keinen Pfifferling danach, ob die Sache gut, gerecht und ehrenhaft ist, sondern nur, ob der Klient zahlungsfähig ist oder nicht. Hat der richtige Kriminaladvokat die Verteidigung eines noch so schweren Verbrechers, eines noch so verächtlichen Gesellen übernommen, so kümmert er sich den Kuckuck um die hohe Würde des Gerichts, die Heiligkeit des Eides, die Ehre und den Ruf des Gegners und der Belastungszeugen. Alles wird in den Staub getreten; es giebt nur ein Ziel, und das heißt: den Verbrecher der verdienten Strafe zu entziehen, koste es, was es wolle. Und wird dieses Ziel erreicht, so wird der Verteidiger als besonders hohe Leuchte seines Berufs bewundert. Geld macht alles, der Dollar siegt über Recht und Gesetz. Das erklärt zum großen Teile die geringere Achtung, in der der Anwaltstand leider hierzulande im Gegensatze zu europäischen Gemeinwesen steht.

Die Neuerung soll mit den alten Mißständen gründlich aufräumen, sie soll tief eingewurzelte Gewohnheiten, die fast als Selbstverständlichkeiten gelten, mit Stumpf und Stil ausrotten. Das wird einen schweren Kampf kosten, die Neuerer haben aber nicht nur das Publikum für sich, sondern auch die achtbaren Berufsgenossen, und die bilden glücklicherweise auch im Anwaltstande die Mehrheit."

Welchen Ausführungen wir nur hinzuzufügen haben, daß die angeführten Bestrebungen allenthalben der Beachtung und Nachahme wert sind. Auch in unserem Lande.

Die bösen „Japs".

Nachdem die Japaner die meisten amerikanischen Handelsschiffe vom pacifischen Ozean vertrieben haben, wollen sie jetzt auch, wie verlautet, gegen die canadischen Schiffe vorgehen. Zu diesem Zweck soll ein Ratenkrieg mit den C. P. R. Dampfern in Szene gesetzt werden.

Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so wäre das wirklich sehr unartig von einer Macht, die halb und halb in einem Bündnisverhältnis mit uns steht. Aber die Herren „Japs" sind eben nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht.

Eisenbahn-Unfälle.

Hon G. P. Graham, Minister des Eisenbahnwesens, erklärte kürzlich, daß er eine eingehende Untersuchung betreffs der stetig zunehmenden Eisenbahnunfälle in der Dominion einleiten werde und hatte zu diesem Zweck eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Eisenbahn-Kommission. Der Minister meinte, wenn ein Eisenbahnunglück stattgefunden habe, so schiebe man die Schuld meistens auf einen Angestellten. Die Frage aber sei, ob die Angestellten nicht oft überarbeitet seien und ob die Schuld nicht oft an dem System liege.

Und da ist wohl der wundeste Punkt!

Unsere Flagge.

Unsere Leser kennen wohl den Unterschied zwischen der canadischen und der britischen Flagge. Unsere Flagge zeigt seitwärts unter dem britischen „Union Jack" das canadische Wappen in rotem Felde. Diese ist die auch von Großbritannien offiziell anerkannte Flagge der Dominion.

An nationalen Festtagen sehen wir diese Flagge mit Stolz im Winde flattern. Und je mehr die canadische Flagge sich zeigt, desto besser. Es ist ein Zeichen, daß das Nationalgefühl am Erstarken ist.

Wir wollen damit nicht den „berühmten" Flaggen-Ukases Manitobas und Britisch Columbiens das Wort reden. Bekanntlich bestimmen diese, daß auf allen Schulen das ganze Jahr hindurch die Fahne flattern muß. Und zwar ist es der „Union Jack", die britische, nicht die canadische Flagge. Warum das?

In Britisch Columbien kam es infolge eines Kabinetts-Erlasses der konservativen Regierung, der dahin lautete, daß die canadische Flagge nicht auf den Schulen gehißt werden sollte, zu interessanten Auseinandersetzungen und Reibereien. Die Schulbehörden von Vancouver, Victoria, New Westminster und anderen Städten mißachteten einfach den autokratischen Befehl und zogen doch anstelle des Union Jack die canadische Flagge hoch.

Und das war recht so. Trotz des Aergers des konservativen Premierministers.

Bau der Transkontinentalbahn.

Nach Berichten aus Ottawa ist die Arbeit an der neuen Ueberlandbahn, allgemein die Grand Trunk Pacific genannt, soweit fortgeschritten, daß es als sicher anzusehen ist, daß die Bahn bis zum Jahre 1911 fix und fertig sein wird. Was diese neue Bahn für das ganze Land zu bedeuten hat, das ahnen heute nur Wenige. Sie wird in Ontario allein ein hunderte von Meilen langes fruchtbares Gebiet der Kultur und Besiedelung eröffnen, wird im Westen tausende und abertausende Quadratmeilen Land erschließen und durch ein herrliches Gebiet in Britisch Columbien laufen.

Viel ist über die fabelhaften Kosten der Bahn geschrieben und gefaselt worden. Wahr ist es, daß die Kosten hohe sind. Dafür ist aber auch die Arbeit erstklassig und wird die Bahn gleich von vornherein so vorzüglich gebaut, daß spätere große Kosten der Nachbesserung u. s. w. gespart werden. Die Steigungen der Bahnstrecke werden so gering gemacht, daß nach Aussage des Präsidenten der Bahngesellschaft eine Lokomotive der G. T. P. drei bis viermal soviel Last wie irgend eine der bestehenden Linien wird fortbewegen können. Die Folge ist natürlich größere Leistungsfähigkeit und niedrigere Frachtraten. Beides kommt in letzter Linie dem Volke Canadas und besonders auch uns Westbewohnern zu Gute.

Es kommt nicht darauf an, daß eine Bahn billig hingepfuscht wird, sondern darauf, daß sie gut, solid und leistungsfähig ist. Das wird mit der neuen Ueberlandbahn der Fall sein.

— Die Indianer Canadas verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Provinzen des Dominion:

Ontario	23,518
Quebec	11,469
Nova Scotia	2,129
New Brunswick	1,861
P. E. Island	276
Britisch Columbien	24,964
Manitoba	8,595
Saskatchewan	7,496
Alberta	5,529
Territorien	21,057
Yukon	3,302
Total	110,205

Neueste Nachrichten.

Wien, 29. Dez. — In Bezug auf die Balkanlage ist die Stimmung wieder bedeutend pessimistischer geworden. Die Unmöglichkeit, vom österreichischen wie vom ungarischen Parlament die Bewilligung einer Summe zur pekuniären Kompensation an die Türkei für die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina zu erlangen, hat den Umschwung veranlaßt. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel, Markgraf Pallavicini, hat der Pforte auf Weisung der Regierung eine Erklärung abgegeben, in welcher jede finanzielle Entschädigung auf das allerbestimmteste abgelehnt wird. Alles, wozu Oesterreich bereit bleibt, sind handelspolitische und rein politische Zugeständnisse.

Die Aussichten auf eine friedliche Einigung mit der Türkei sind dadurch wieder in unabsehbare Weite gerückt.

Das Verhältnis der Doppelmonarchie zu Rußland giebt ebenfalls keine Veranlassung, die Situation in rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Die Cirkularnote des russischen Ministers des Aeußern, Iswolski, wird hier als völlig unbefriedigend und spitzfindig betrachtet. Betont wird, daß es Oesterreich nie eingefallen sei, der geplanten Mächtekonferenz eine unbeschränkte Diskussion der Annexionsfrage zuzugestehen. Man habe im Gegenteil auf einer feierlichen Anerkennung der Annexion durch die Konferenz nach vorhergehender Diskussion der Mächte untereinander bestanden.

Die über dieses Thema zwischen Wien und St. Petersburg gepflogene Korrespondenz soll nicht nur demnächst der Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden, sondern vor allem in ihrem ganzen Umfange den einzelnen Mächten abschriftlich zugestellt werden, damit diese sich ein objektives Urteil über die Haltung Oesterreichs und Rußlands in den bisherigen Verhandlungen bilden können.

Der immer noch bestehende Boykott österreichisch-ungarischer Waren in der Türkei spitzt die Gegensätze stetig mehr zu. Anstatt nachzulassen, ist der Boykott in der letzten Zeit bedeutend verschärft worden.

Washington, D. C., 28. Dez. Generalmajor F. Franklin Bell, Chef des Generalstabes, kennzeichnet in seinem jährlichen Bericht, der soeben veröffentlicht worden ist, deutlich die Mißstände in der Bundesarmee. Er erklärt, daß die Zeit gekommen ist, wo es die Ver. Staaten sich nicht länger leisten können, „eine Armee mit einer veralteten Organisation, einer ungenügenden Stärke und vollständig ungenügender Ausrüstung selbst in Friedenszeiten zu unterhalten."

Es befinden sich zur Zeit 691 Offiziere entfernt von ihrem Truppenteil in speziellem Dienst. Das Resultat ist eine allmähliche Verlotterung ihrer Mannschaften, und es ist dies eine der ersten Ursachen der großen Zahl von Desertionen unter den angeworbenen Leuten. General Bell beschreibt ausführlich die schlimmen Folgen der Entfernung der älteren, erfahrenen Offiziere von ihrem Truppenteil, wobei dann das Kommando und die ganze Verantwortlichkeit jungen Offizieren übertragen wird, die sich gewöhnlich nicht in die Stellung zu finden wissen.

General Bell erklärt, daß „es eine entmutigende Tatsache ist, daß im Fall eines plötzlichen Ausbruches von Feindseligkeiten mit einer in militärischer Hinsicht erstklassigen Nation es nicht genug geschulte Soldaten im Lande giebt, selbst wenn man die Staatsmilizen hinzuzieht, um eine Armee zu bilden, wenn man die nötigen Kräfte abzieht, die zur Besetzung der Küstenfortifikationen und der permanenten Posten gebraucht werden."

Die Infanterietruppe bezeichnet der General als viel zu schwach in Zahl, um den Dienst selbst in Friedenszeiten versehen zu können. Seit 1898 haben viele Regimenter ihren Aufenthalt in den Tropen gehabt, wodurch die Zahl der Regimenter im Lande selbst aufs geringste beschränkt wurde.

Die Kavallerie wird als eine veraltete Organisation bezeichnet. General Bell meint, daß keine zivilisierte Nation, die eine moderne Armee zu besitzen behauptet, eine derartig organisierte Kavallerietruppe hat. Ebenso sollte die Feldartillerie verstärkt werden, und auch das Ingenieurkorps ist bei weitem zu schwach.

Kopenhagen, 28. Dez. — In der Kathedrale von Roeskilde, woselbst schon seit Jahrhunderten die dänischen Könige ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, ist ein Einbruch verübt worden. Eine große Anzahl von kostbaren goldenen und silbernen Kränzen, Urnen und Schildern sind gestohlen worden.

Die Grabgewölbe des Königs Christian sowohl wie der Königin Louise wurden aller der wertvollen goldenen und silbernen Andenken beraubt, die von den gekrönten Häuptern Europas und den Städten Dänemarks dort niedergelegt worden waren.

Wien, 29. Dez. — In hiesigen politischen Kreisen ist die Mißstimmung über die mehrerwähnte Cirkularnote des russischen Ministers des Aeußern Iswolski im Wachsen begriffen. Je genauer der Inhalt beleuchtet wird, desto größeren Anstoß erregt er.

Von offiziöser Seite wird darauf hingewiesen, daß die versteckte Forderung des russischen Ministers, Bosnien und der Herzegowina Autonomie zu gewähren, für die hiesigen maßgebenden Stellen überhaupt undiskutierbar sei. Nachdem über die Stellung Oesterreich-Ungarns in der Annexionsfrage seit langem jede Unklarheit beseitigt worden, gilt Iswolski's Verlangen als um so befremdender.

Die Fassung der Note, welche für die österreichisch-ungarische Regierung absolut unannehmbar ist, wird als ein Versuch des russischen Ministers des Aeußern betrachtet, seine erschütterte Stellung zu befestigen. Dazu soll ihm nach dem Dafürhalten hiesiger bestunterrichteter Kreise besonders auch die nach Möglichkeit verbreitete Erklärung verhelfen, daß er dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, Freiherrn v. Aehrenthal, persönlich feind sei.

Willemstad, Curacao, den 28. Dez. — Der holländische Kreuzer „Gelderland", welcher bisher in venezokanischen Gewässern operiert hatte, ist heute hier eingetroffen. Dies bringt die holländische Demonstration gegen Venezuela auch formell zum Abschluß. Holland hat seine Kriegsschiffe für die Dauer der diplomatischen Verhandlungen, welche zwischen den Niederlanden und Venezuela wieder aufgenommen sind, zurückgezogen.

Paris, 28. Dez. — Während der französische Präsident Armand Fallieres in Begleitung seines Generalsekretärs Ramondou und seines Adjutanten Oberstleutnant Lasson auf der Rue de l'Etoil spazieren ging, sprang plötzlich ein ärmlich gekleideter Mann, der augenscheinlich im Hinterhalt gelegen hatte, von hinten auf den Präsidenten los. Er schlang seine Arme um Herrn Fallieres' Nacken und suchte ihn am Bart zu ziehen.

Die beiden Begleiter des Präsidenten warfen sich sofort auf den Angreifer, nahmen ihn fest und übergaben ihn zwei Geheimbeamten, welche auf Zweirädern der Gesellschaft gefolgt waren.

Während der Balgerei war der Stock des Präsidenten gebrochen, er selbst war, abgesehen von einigen Abschürfungen am Ohr, unversehrt geblieben. Er bestand auf der Fortsetzung des Spazierganges.

Der Fremde rief, als die Beamten ihm Handschellen anlegten, aus: „Ich bin unbewaffnet. Ich wollte den Präsidenten nur am Bart ziehen." Auf dem Polizeigewahrsam wurde die Persönlichkeit des Angreifers als der 24 Jahre alte Kellner Jean Mattis, aus dem Departement Savoyen, festgestellt. Medaillen des früheren Kriegsministers Gen. Mercier, Marken mit dem Kopf des Herzogs von Orleans, eine Mitgliedskarte der „Patrie Francaise" und andere royalistische Kennzeichen wurden in seinem Besitz vorgefunden.

St. Petersburg, 28. Dez. — Der Minister des Auswärtigen Iswolski hat heute mit der üblichen Jahresdarlegung der auswärtigen Politik Rußlands eine günstige Aufnahme seitens der Duma gefunden. Der Minister wies unter Ausdrücken warmer Billigung auf das kürzliche Abkommen zwischen Japan und Amerika hin, welches, wie er sagte, den gebietlichen Status quo, die offene Tür im Fernen Osten, sowie die Integrität und Unabhängigkeit Chinas gewährleiste und dessen Bestimmungen Rußland vor der Unterzeichnung bekannt gegeben worden seien.

Sonst verbreitete sich die Rede über die allgemeine internationale Situation und die Stellung Rußlands dieser gegenüber. Im Grunde gab der Minister eine in der Form abgeschwächte Wiederholung der russischen Note vom 23. Dezember. Ueber die heute brennenden Fragen gab die Rede weiter keinen Aufschluß. So wurde der Rundreise des Ministers nach den europäischen Hauptstädten nicht einmal Erwähnung getan. Auch wurden die russischen Vorschläge in Verbindung mit der Annexion und der Herzegowina nicht weiter präzisiert.

Als bedeutendster Passus der ganzen Rede erschien das Zugeständnis des Ministers, daß in der Tat eine österreichisch-russische Konvention in Budapest im Jahre 1877, ein Jahr vor der Berliner Konferenz, betreffs Bosniens und der Herzegowina unterzeichnet worden sei. Der Inhalt dieser Konvention ist kürzlich in den österreichischen Zeitungen veröffentlicht worden. Iswolski gab zu, daß Rußland nicht berechtigt gewesen, für sich allein einen Protest gegen die Annexion zu erheben, weil seine Hand durch das frühere Abkommen mit Oesterreich gebunden wäre. Der einzige offene Weg bestände darin, daß das Konzert der Mächte und die übrigen Signatare Oesterreich auf das willkürliche Amendement zum Berliner Vertrag, als welches die Konvention von Budapest erschiene, festnagelte.

Provinzial-Nachrichten.

Durch Akklamation gewählt.

Ein sehr angenehmes Weihnachtsgeschenk erhielt Hon. A. P. McNab, der kürzlich zum Munizipal Kommissär im Scott-Kabinett ernannt wurde. Die Nominationen sollten am Donnerstag den 24. Dezember stattfinden. Da die Provinzrechtler von vornherein wußten, daß ein Oppositionskandidat auch nicht die geringsten Gewinnchancen haben würde, so standen sie davon ab, einen Kandidaten aufzustellen. Herr McNab wurde also durch Akklamation von der Stadt Saskatoon neugewählt.

Obgleich die Opposition in der Legislatur erklärte, daß ein weiterer Minister überflüssig sei, so ist es doch ohne weiteres klar, daß die Arbeitslast der Regierung stetig größer wird und damit auch die Zahl der Kabinetts-Mitglieder wachsen muß. Erst im Laufe dieses Jahres wurde das Departement für Eisenbahnen und für Telephone und Telegraphen eingerichtet. Nach Beendigung der jetzigen Legislatursitzung wird eine Reorganisation des Kabinetts stattfinden und soll Hon. McNab dann den Posten des Ministers für öffentliche Arbeiten einnehmen. Daß der neue Minister voll und ganz das Zeug zu diesem wichtigen Amt hat, daran ist kein Zweifel.

Und so gratulieren wir Herrn McNab denn zu dem so angenehmen Weihnachtsgeschenk, das die Wähler Saskatoons ihm, ihrem allgeteilt beliebten Mitbürger darreichten.

Legislatur.

Da die Legislaturmitglieder über Weihnachten und Neujahr in die Ferien gegangen sind, können wir diese und auch die nächste Woche natürlich keinen Legislaturbericht bringen. Am 5. Januar beginnt die Sitzung von neuem und werden wir dann unsere Leser auf dem Laufenden erhalten.

Die Sitzungen werden sich wohl nicht lange ausdehnen, da nur wenig größere Bills zur Beratung stehen. Die wichtigste von diesen ist die Vorlage zur Schaffung Ländlicher Munizipalitäten.

Zur größeren Bequemlichkeit wird die Legislatur nach Neujahr in der Postoffice tagen.

— Seit einiger Zeit gehen wieder politische Gerüchte durch die Blätter, daß Premier Walter Scott baldigst nach Ottawa gehen würde, um dort einen Ministerposten zu übernehmen. Wenn Herr Scott sich auch vorzüglich für eine derartige Stellung eignen würde und wenn Saskatchewan auch zur Vertretung im Laurier Kabinett voll und ganz berechtigt ist, so können wir den Gerüchten doch absolut keinen Glauben schenken. Wir halten dafür, daß Hon. Walter Scott so gut wie unentbehrlich in der Provinz Saskatchewan ist und wünschen zum Wohle derselben, daß er noch lange in unserer Mitte weilen möge.

Saatgut-Ausstellungen.

Bis zum 16. Januar 1909 finden noch folgende Ausstellungen statt:

Orbow, Wadena und Abernethey, 7. Januar.
Stockholm, 8. Januar.
Battleford, 9. Januar.
North Battleford und Moosomin, 11. Januar.
Kennedy, 12. Januar.
Lashburn, 13. Januar.
Lloydminster, Wolseley u. Indian Head, 14. Januar.
Sintaluta und Saskatoon, 16. Januar.

Daran schließt sich dann die Provinziale Saatgut-Ausstellung in Regina.

Aus der Gazette.

Der letzten Nummer des Amtsblatts der Provinz entnehmen wir folgende Ernennungen:

Kommissäre zur Entgegennahme eidlicher Aussagen.

C. W. Hoffmann, Regina.
Jak. H. Riesen, Watson.

Hilfsminister der Landwirtschaft.

Wm. J. Rutherford, Regina.

Auditoren.

Folgende Personen mit deutschen Namen wurden zu offiziellen Auditoren (Revisoren) ernannt:

Christ. Wiebe, Hamar.
Otto L. Baumann, Kronau.
Fr. Hiltz, M. D., Kennedy.
A. Stauffer, Sintaluta.
Abr. H. Klassen, Hague.
August Gesell, Straßburg.
J. M. Göttler, Lockwood.
A. B. Biehn, Guernsey.
W. S. Eckhardt, Crescent Lake.
Phil. J. Hoffmann, Annaheim.
Otto Ritz und F. J. Hauser, Humboldt.

— Die Rosthern Landwirtschaftliche Gesellschaft hielt ihre jährliche Versammlung in der Stadthalle ab; es fanden sich ca. 100 Farmer ein. Sekretär H. J. M. Gloeckler stattete einen günstig lautenden Bericht ab. Demnach betrugen die Ausgaben $3,319.41, die Einnahmen $3,187.93, wodurch sich ein geringes Defizit von $131.48 ergiebt. Die Aktiva betragen $1.592.97, die Passiva 1,331.48. Herr B. J. Friesen wurde zum Delegaten für die am 19. Januar 1909 abzuhaltende Konvention in Regina ernannt. Das Datum für die nächstjährige „Fair" wurde auf die Zeit vom 5. bis 10. August angesetzt. Die folgenden Beamten wurden gewählt: Präsident J. M. Hackney, Vice-Präs. J. C. Klaassen, Sekr.-Schatzmeister H. J. M. Gloeckler. Direktoren: Peter Abrams, Abram Funk, J. D. Aebich, Joh. Winkemweider, B. J. Friesen, Jac. Loeppky, John Caswell, Geo. Nickel, Diedrich Epp und D. P. Rempel. Auch die Errichtung einer „Creamery" für Rosthern kam zur Sprache und fand den Beifall sämtlicher Mitglieder. Hierfür wurde ein Komite, aus den Herren Geo. Nickel, J. J. Loeppky, Diedrich Epp und B. J. Friesen bestehend, ernannt.

— In der Ausgabe vom 9. Dezember teilten wir mit, daß ein deutscher Farmer Frank Ripplinger mit der Independent Lumber Co. Trubel habe und zwar wegen unberechtigten Verkaufs von Getreide, auf dem angeblich eine von der Company gehaltene Hypothek laste. Die Sache kam zur Verhandlung. Ripplinger erklärte sich für unschuldig. Eine beglaubigte Copie der Hypothek wurde vorgelegt, aus der hervorging, daß „der ganze Ertrag von 25 Acker in Weizen von einem bestimmten Viertel zu 18 Buschel Ergebnis pro Acker berechnet, der Company zufalle". Die Verhandlung erwies, daß der Angeklagte 85 Acker in Weizen hatte, das nach der Ernte auf besagtem Viertel aufgestapelt und auch auf demselben gewachsen war. Ferner ging hervor, daß von keinem Teile besagten Viertel Landes der Ertrag pro Acker größer als 12 Buschel war, weiter, daß Ripplinger den ganzen Weizen verkaufte, d. h. er reservierte keinerlei Frucht von irgend welchen 25 Ackern des Landes. Herr J. A. Groß führte die Verteidigung und bewies, daß die in der Hypothek enthaltene Beschreibung des Landes zu unbestimmt sei; man wisse nicht, welche 25 Acker speziell gemeint seien, infolgedessen könne von Diebstahl keine Rede sein. Die Anklage zerfiel, weil der Inhalt der Hypothek zu unbestimmt.